



Ständige Vertretung  
der Bundesrepublik Deutschland  
bei der Europäischen Union  
Brüssel

An den  
stellvertretenden Generaldirektor  
Herrn Toma Millieskaite  
Direktion B und E  
DG Just Europäische Kommission  
Building LX 40  
1049 Brüssel

HAUSANSCHRIFT  
Rue Jacques de Lalaing 8 - 14  
1040 Brüssel

INTERNET: [www.bruessel-eu.diplo.de](http://www.bruessel-eu.diplo.de)

TEL + 32-2-787.1000  
FAX + 32-2-787.2000

BEARBEITET VON  
Dr. Gabriele Scherer

TEL-Durchwahl: + 32-2-787-1056

[Pol-ju-1-eu@brue.diplo.de](mailto:Pol-ju-1-eu@brue.diplo.de)

BETREFF **Umsetzung der Richtlinie 2914/41/EU des Europäischen Par-  
laments und des Rates vom 4. April 2014 über die Europäi-  
sche Ermittlungsanordnung in Strafsachen**

HIER **Ergänzung der Notifikation der Bundesrepublik Deutschland**

ANLAGE 1  
GZ Pol 350.82/2

Brüssel, 26. März 2018

Sehr geehrter Herr Millieskaite,

Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (im Folgenden: RL EEA) hat die Bundesrepublik Deutschland durch Schreiben ihrer Ständigen Vertretung bei der Europäischen Union an die Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission vom 14. März 2017 (Aktenzeichen Pol 350.82/2) verschiedene Erklärungen abgegeben.

Diese Erklärungen sollen in der Sache nach wie vor Bestand haben. Es hat sich jedoch zwischenzeitlich herausgestellt, dass die Benennung der „Zentralen Stelle in Ludwigsburg“ als eine der zuständigen deutschen Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden nach Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a) der RL EEA verkürzt ist. Vollständig muss die Bezeichnung lauten: „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ (Verwaltungsvereinbarung vom 6. November 1958, geändert durch


Vereinbarung vom 24. Januar 1967; Beitritt der neuen Länder durch Vereinbarung vom 13. Juni 1995 zum 1. Januar 1995).

Die Korrektur der Bezeichnung ist von Relevanz, denn die Rechtspraxis der letzten Monate hatte gezeigt, dass die verkürzte Bezeichnung Missverständnisse hervorrufen kann, zumal bei wortgetreuer Übersetzung in andere Sprachen. Die deutsche Notifikation wurde von den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilweise so gelesen, als habe die Bundesrepublik Deutschland eine allgemeine Zentralstelle im Sinne von Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe c) in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 3 der RL EEA benannt. Dies ist jedoch nicht der Fall, was künftig besser erkennbar sein sollte.

Ich bitte daher darum, in der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der RL EEA vom 14. März 2017 die Bezeichnung „Zentrale Stelle in Ludwigsburg“ unter Ziffer 1 zu Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a zu ersetzen durch „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Scherer